



An den
Ministerpräsidenten des Landes NRW
Armin Laschet

Staatskanzlei des Landes NRW
Horionplatz 1
40190 Düsseldorf

Berlin, den 30. Mai 2019

Moratorium zum Erhalt der bedrohten Dörfer und Schutz des Hambacher Waldes

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

wir wenden uns mit der dringenden Bitte an Sie, umgehend ein Moratorium zu erlassen, das die weitere Zerstörung der von Tagebauen bedrohten Dörfer und des Hambacher Waldes verhindert, bis die politischen Entscheidungen zum Kohleausstieg getroffen und umgesetzt sind. Denn aktuell schafft RWE in den Dörfern an den Tagebauen Garzweiler und Hambach weiter Fakten und treibt die Umsiedlungen voran. Es liegt an Ihnen, die Anwohner*innen vor weiteren sozialen Härten zu schützen. Wir erwarten, dass alle Orte in einem lebenswerten Zustand erhalten bleiben. Deshalb muss die Landesregierung grundsätzlich eine Bestandsgarantie für die Dörfer aussprechen. Dazu gehört, dass alle Betroffenen, die bleiben wollen, die Möglichkeit erhalten zu bleiben und allen, die umsiedeln wollen, dies ohne Nachteile ermöglicht wird.

Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat mit der Empfehlung, 3,1 GW Braunkohle bis 2022 abzuschalten, die Weichen dafür gestellt, dass sowohl der Hambacher

Wald als auch die bedrohten Dörfer am Tagebau Garzweiler erhalten bleiben können. Dessen ungeachtet hat der RWE-Vorstandsvorsitzende Rolf Martin Schmitz auf der Hauptversammlung im Mai 2019 bekräftigt, dass die Umsiedlungen in den Dörfern am Tagebau Garzweiler „vollständig abgeschlossen werden“ und er den Erhalt des Hambacher Waldes lediglich „prüfen“ möchte.

Gleichzeitig treibt RWE die Umsiedlungsvorbereitungen in den Dörfern mit Hochdruck voran, indem der Konzern Infrastruktur zerstört, zahlreiche Pumpanlagen für den geplanten Tagebaubetrieb baut und Druck auf Dorfbewohner*innen ausübt, möglichst bald umzusiedeln. Am Tagebau Hambach gräbt sich RWE trotz des vereinbarten Rodungsstopps mit seinen Baggern immer näher an den Hambacher Wald heran und setzt die Zerstörung von Manheim unbeirrt fort, obwohl der Ort beim Erhalt des Hambacher Waldes erhalten bleiben würde. Die Entweihung der Kirche St. Albanus und Leonhardus in Manheim am Tagebau Hambach am 18. Mai 2019 steht exemplarisch für die Zerstörung der Dorfgemeinschaft. RWE heizt mit seinen Provokationen den schwelenden Konflikt um die Kohle weiter an.

Wir bitten Sie daher, ein sofortiges Moratorium zu erwirken, damit RWE in den bedrohten Dörfern am Tagebau Garzweiler keine weiteren Zerstörungen anrichtet und Umsiedlungsverhandlungen auf Wunsch der betroffenen Menschen ausgesetzt werden. Dabei dürfen weder diejenigen, die in ihren Dörfern bleiben wollen, noch diejenigen, die sich für eine Umsiedlung entschlossen haben aufgrund ihrer Entscheidung schlechter gestellt werden. Zugleich muss RWE im weiteren Tagebaubetrieb alle Arbeiten unterlassen, die den Hambacher Wald gefährden können und entsprechende Mindestabstände wahren.

Dieses Moratorium muss so lange bestehen bleiben, bis die Vereinbarungen zur Abschaltung der Braunkohlekraftwerke im Rheinland gesetzlich fixiert sind und eine neue Leitentscheidung der Landesregierung vorliegt. Wir erwarten von Ihnen, dass mit der neuen Leitentscheidung die Tagebaugrenzen so verkleinert werden, dass sie den Erhalt des Hambacher Waldes und der Dörfer an den Tagebauen Garzweiler und Hambach sicherstellt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, seit Monaten protestieren hunderttausende junge Menschen für mehr Klimaschutz und ein schnelles Ende der klimaschädlichen Kohle. Wie auch schon bei den breiten Protesten um den Erhalt des Hambacher Waldes zeigt sich dabei, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger ein Zögern beim Klimaschutz und sinnlose Zerstörung für die Kohle akzeptieren. Was es jetzt braucht, ist entschlossenes Handeln, eine schnelle Umsetzung des Kohleausstiegs und ein Ende der Zerstörung von Dörfern und Wäldern für die Kohle.

Die unterzeichnenden Organisationen und Initiativen bitten Sie daher, mit einem Moratorium RWE Einhalt zu gebieten, den Bestand der Dörfer zu garantieren und damit ein wichtiges Zeichen zu setzen, den gesellschaftlichen Konflikt um die Kohle zu befrieden.

Dieser Brief geht in Kopie an Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen

David Dresen
Mitglied

Alle Dörfer bleiben (ADb)

Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführerin

Klima-Allianz
Deutschland

Antje Grothus
Ehemaliges Mitglied der
Kohlekommission

Kai Niebert
Präsident

Deutscher Naturschutzring
(DNR)

Hubert Weigert
Vorsitzender
BUND

Martin Kaiser
Geschäftsführer
Greenpeace

Reiner Priggen
Vorsitzender
Landesverband
Erneuerbare Energien
NRW

Andreas Büttgen
Vorstand
Bürgerinitiative
Buier für Buir

Christoph Bautz
Geschäftsführer
Campact

Christoph Bals
politischer Geschäftsführer
Germanwatch

Hermann Ott
Leiter des Deutschlandbüros
ClientEarth

Reinhard Koppenleitner
Vorstandsmitglied
Deutsche Allianz
Klimawandel und
Gesundheit

Rene Schuster
Bundesvorsitzender
Grüne Liga

Irene Mörsch
Vorsitzende
Katholikenrat Düren

Peter Immekus
1. Vorsitzender
Netzwerk
Bergbaugeschädigter

Heffa Schücking
Geschäftsführerin
Urgewald

Udo Schlüter
Vorstandsvorsitzender

Arbeitsgemeinschaft der
Eine-Welt
Landesnetzwerke in
Deutschland (agl)

Daniel Lewandowski
Landesjugendsprecher

Naturschutzjugend NRW

Luisa Menzemer
Geschäftsführender
Vorstand
BUNDJugend NRW

Reinhold Giesen
Vorstandsvorsitzender

Dorfinteressengemeinschaft
Wanlo

Andreas Cichy
Vorstandsvorsitzender
Aktionsgemeinschaft
"Das gelbe Band"

Klaus Kubernus-
Perscheid
Sprecher
Klimabündnis
Niederrhein

Antje Pistel
Mitglied
Wir in Holzweiler

Karl Heinz Ochs
1. Vorsitzender
Initiative
Bergbaugeschädigter
50189



Birgit Braun
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Aktionsgemeinschaft
Artenschutz (AGA) e.V.



Peter Weissenfeld
Mitglied

Attac Köln



Dr. Maximilian Gege
Vorsitzender

Bundesdeutscher
Arbeitskreis für
Umweltbewusstes
Management e.V.
(BAUM)



Malte Zieher
Vorstand

Bündnis Bürgerenergie
e.V. (BBEn)



Joschka Hench
Bundesvorsitzender
Deutsche Pfadfinderschaft
St. Georg



Philipp Mimkes
Geschäftsführer
FIAN Deutschland



Reiner Lövenich
1. Vorsitzender
Verein zur Förderung
kirchlicher
Umweltberatung (FKU)



Uwe Nestle
Geschäftsführer
Forum Ökologisch-Soziale
Marktwirtschaft



Martin Glöckner
Geschäftsführer
Green City



Andreas Schuflitz
Mitglied
Klimatisch Erkelenz e.V.



Markus Dufner
Geschäftsführer
Dachverband
Kritische Aktionäre



Tanju Doganay
Vorstandsvorsitzender
NourEnergy e.V.



Katherina Habersbrunner
Vorstand

Women in Europe for a
common Future (WECF)



Gülcan Nitsch
Geschäftsführende
Gesellschafterin
Yesil Cember